NEUES PATIENTENRECHTEGESetz –
DAS STEHT DRIN

An dieser Stelle wollen wir Sie in
löser Reihenfolge über Inhalte des
Patientenrechtsgesetzes informieren –
soweit dies für den Praxisalltag von
Wichtigkeit ist beziehungsweise sein
cönnte und soweit es juristisch ausrei-
chend gesichert ist.

Wirtschaftliche Aufklärung gefordert

Paragraf 630 c Abs. 3 BGB verpflich-
tet den Behandler, also auch die Phy-
sotherapie-Praxis, vor Beginn der Be-
handlung seinen Patienten schriftli-
ch über die voraussichtlichen Kosten der
Behandlung zu informieren, wenn die
vollständige Übernahme der Behand-
lungskosten durch einen Kostenträger
nicht sicher ist.

Die Schriftform sollte unbedingt einge-
halten werden, da zu befürchten ist,
dass Behandlungsverträge von Ge-
richten als unwirksam beurteilt wer-
den, wenn die voraussichtlichen Be-
handlungskosten nur mündlich (oder
überhaupt nicht) mitgeteilt werden.
Gegebenenfalls muss bei späterer Aus-
dehnung der Therapie erneut schriftli-
ch über Kosten informiert werden.

Die Ausnahmeregelung des § 630 c
Abs. 4 BGB, wonach die Information
dann nicht nötig ist, wenn die Be-
handlung unaussprechbar ist oder der
Patient ausdrücklich darauf verzichtet,
dürfte in der Physiotherapie-Praxis kei-
ne Rolle spielen.

Praktische Relevanz für die
Physiotherapie-Praxis

Die Norm bietet insoweit Neues, da für
die Branche der Physiotherapie (anders
als bei den Ärzten) keine Rechtspre-
chung bekannt ist, nach der es einem
Physiotherapeuten oblag, über even-
tuelle Kostenerstattungsprobleme auf-
zuklären. Das ist jetzt anders!

Der dringende Rat muss deshalb sein,
dass künftig gegenüber Privatpatien-
ten und Selbstzahlnern unbedingt ein
entsprechender schriftlicher Hinweis
an den Patient geht – am besten durch
Abschluss eines schriftlichen Behand-
lungsvertrages.

So lautet die maßgebende
gesetzliche Norm:

- Weiß der Behandlende, dass eine
vollständige Übernahme der Behand-
lungskosten durch einen Dritten, nicht
gesichert ist oder ergeben sich nach
den Umständen hierfür hinreichende
Anhaltspunkte, muss er den Patienten
vor Beginn der Behandlung über die
voraussichtlichen Kosten der Behand-
lung in Textform informieren. Weiter-
gehende Formanforderungen aus an-
deren Vorschriften bleiben unberührt.
- Der Information des Patienten be-
darf es nicht, soweit diese ausnahms-
weise aufgrund besonderer Umstände
entbehrlich ist, insbesondere wenn die
Behandlung unaussprechbar ist oder
der Patient auf die Information aus-
drücklich verzichtet hat.

RA Roland Hein
Landesverband Baden-Württemberg